## Zu wenig Firmen für Breitbandausbau

Von Uwe Reißenweber

Der Bund schießt eine dreiviertel Milliarde Euro in den Nordosten. Doch können die auch alle rechtzeitig ausgegeben werden?

SCHWERIN. Bei der Vergabe von Bundes-Fördermitteln für den Breitbandausbau hat MV richtig abgesahnt: Von den über zwei Milliarden Euro fließen allein 709 Millionen in den Nordosten. Das sagte Energieminister Christian Pegel am Dienstag in Schwerin. Doch

genügend Firmen, die die übernehmen können. Deshalb befinde er sich gerade auch (auf Tingeltour durch andere) Bundesländer, um Unternehmen von dort zu gewinnen. so der Ressortchef. Denn diese Firmen hätten sich schon mal auf viele Aufträge in ihrer Hei- es handelt sich schon um reimatregion eingestellt, müss- ne Mammutaufgabe: Bis 2019 ten jetzt aber bilanzieren, sollen 79 Prozent statt der dass dort weit weniger Förder- jetzt knapp über 50 Prozent mittel zur Verfügung stehen. der Haushalte über schnelles nun scheint es fraglich, ob das bänden der Branche. Beim kunde verfügen. viele schöne Geld auch ausge- ersten Mal haben sie noch geben werden kann. In Meck- geschmunzelt. Beim zweiten letzten Sitzung vor der Wahl u.geißenweber@nordkurier.de

falls gibt es offenbar nicht ressierter." Als zweites Standbein setzt der Minister auf flächendeckenden Aufträge die hiesigen Stadtwerke. Die hätten das Know-how und die Technik für die Aufgabe. Ob dann tatsächlich alle Aufträge vergeben werden können, ließ der Minister offen: "Ich bin optimistisch, aber garantieren kann ich nichts." Denn "Ich war bei zwei Bundesver- Internet ab 50 Megabit pro Se-

Der Landtag hatte in der Kontakt zum Autor

lenburg-Vorpommern jeden- Mal zeigten sie sich schon inte- noch schnell den Weg für die Millionen-Investitionen schnellere Internet-Verbindungen auch auf dem Lande frei gemacht, indem er einen Nachtragshaushalt beschloss. Damit ist es der künftigen Landesregierung möglich, einen dreistelligen Millionenbetrag aus der Rücklage des Landes für den Ausbau in MV einzusetzen. Das Geld sichert die erforderlichen Investitionsanteile von Land und Kommunen für das Programm des Bundes, der 70 Prozent der Kosten übernimmt.